

AKTUELLE SCHWERPUNKTE
DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
IN LATEINAMERIKA



INHALT

5	1. GRUNDSÄTZLICHE THEMEN IN DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT
10	2. AKTUELLE RAHMENBEDINGUNGEN IN LATEINAMERIKA
13	3. POLITISCH-STRATEGISCHE GESICHTSPUNKTE DER ARBEIT DER KAS IN LATEINAMERIKA
14	4. THEMATISCHE SCHWERPUNKTE DER KAS-ARBEIT IN LATEINAMERIKA
18	5. LANDESSPEZIFISCHE SCHWERPUNKTE
22	6. ANSPRECHPARTNER DER KONRAD-ADENAUER- STIFTUNG ZU LATEINAMERIKA

© 2008 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

*Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung
der Konrad-Adenauer-Stiftung.*

Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

1. GRUNDSÄTZLICHE THEMEN IN DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

Für die KAS als politische Stiftung ist Demokratieförderung das zentrale Beschäftigungsfeld in der internationalen Zusammenarbeit. Aber auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ist das Modell der freiheitlichen Demokratie keineswegs dauerhaft gesichert. Im Gegenteil: Zwar steigt die Anzahl formaler Demokratien, doch befindet sich das Konzept der repräsentativen Demokratie in seiner Substanz zunehmend in der Defensive. Es besteht die Gefahr, dass für weite Bevölkerungsschichten der Wechsel zu Demokratie und Marktwirtschaft nicht mit einer Verbesserung der eigenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage verbunden war und daher die Bereitschaft zur Verteidigung der mit dem westlichen Modell verbundenen Werte nicht vorhanden ist.

Im Rahmen der Demokratieförderung konzentriert sich die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung neben den landesspezifischen und regionalspezifischen Aktivitäten auf folgende übergreifende Schwerpunktthemen:

- Parteienberatung,
- Soziale Marktwirtschaft,
- Verantwortung der Eliten,
- Wertedialog,
- Rechtsstaatsförderung,
- Förderung unabhängiger Medien.

PARTEIENBERATUNG

Die KAS ist davon überzeugt, dass eine adäquate Repräsentation gesellschaftlicher Interessen und eine aktive Partizipation der Bürger an der Gestaltung ihres Gemeinwesens nur durch Parteienvielfalt, Wahlfreiheit und demokratische Parteienkonkurrenz zu erreichen sind. Demokratische Institutionen und Funktionsträger sollen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt und Bürger zu einer konstruktiven Beteiligung an politischen Prozessen befähigt werden. Daher arbeitet die KAS im Bereich der Parteienberatung sowohl mit Bildungsinstituten von Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen als auch mit Parlamenten und kommunalen Mandatsträgern zusammen.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage armer Bevölkerungsgruppen ist auch für die Akzeptanz der Demokratie notwendig. Ohne wirtschafts- und ordnungspolitische Reformen werden selbst Länder mit guten makroökonomischen Daten das Problem der Armut nicht lösen. Trotz erkennbarer Reformbemühungen ist Armut und mangelnde Chancengleichheit für große Teile der Bevölkerung das vordringliche Problem geblieben. Es geht dabei um die Frage, nach welchen Prinzipien und mit welchen Mitteln politische und wirtschaftliche Prozesse unter Wahrung sozialer Stabilität und Gerechtigkeit gesteuert werden können. Unsere Erfahrungen mit der Sozialen Marktwirtschaft sollen vor allem der politischen Elite als ein Beispiel für eine verantwortliche Sozial- und Wirtschaftspolitik dienen. Daneben sollen durch einen ordnungspolitischen Dialog soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Anreize für privatwirtschaftliches Engagement sowie nationale und ausländische Investitionen schaffen.

VERANTWORTUNG DER ELITEN

Dass an sich positiv verlaufende wirtschaftliche und soziale Entwicklungsansätze durch Korruption und Misswirtschaft permanent unterlaufen werden, rückt die politische und soziale Verantwortung der Eliten verstärkt in das Aufgabenspektrum der KAS. Gerade die besorgniserregenden sozialen Entwicklungen im Osten Europas, aber auch in Asien, Afrika und Lateinamerika, die zu einer starken Spaltung der Gesellschaften in eine sehr kleine, sehr reiche Spitze und eine breite, relativ arme Masse

geführt hat, machen es erforderlich, in diesen Ländern für eine verstärkte Verantwortung der Eliten zu werben. Das Vertrauen in die Demokratie hängt ganz wesentlich von deren Verantwortungsbereitschaft ab, und die populistischen Bewegungen, die in einigen Ländern entstanden sind, sind letztlich auch als ein Reflex der Gesellschaft auf ein Versagen der politischen und ökonomischen Eliten zu interpretieren. Hier setzt die KAS mit Kursen, Seminarangeboten, aber auch mit Vorträgen und Publikationen verstärkt an.

Neben den „klassischen“ politischen Eliten in Exekutive und Legislative, die auch weiterhin zentrale Zielgruppen der Arbeit der KAS im Ausland bleiben, werden daher zunehmend weitere „Funktionseliten“, etwa Verfassungsrichter, Anwälte oder Medienvertreter gefördert. Damit trägt die KAS dazu bei, bislang geschlossene Machtzirkel – seien diese nun klientelistisch oder staats- bzw. parteibürokratisch organisiert – durch gesellschaftliche Gegenkräfte aufzubrechen und zu kontrollieren.

Viele Einsatzländer stehen vor der Herausforderung eines Elitenwechsels. In den Transformationsländern Osteuropas und Zentralasiens, aber auch Afrikas tritt in den nächsten Jahren die erste Generation von Führungskräften nach dem Systemwechsel ab, in Lateinamerika hat ein Elitenwechsel stellenweise bereits stattgefunden. Außerdem stehen eine Reihe von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen an. Eine gezielte und strategisch angelegte Förderung von demokratischen Nachwuchskräften sowohl in den Ländern als auch durch Austauschprogramme bleibt deshalb ein wichtiges Element der Eigen- und Partnermaßnahmen.

WERTEDIALOG

Nur wenn sich die Eliten ihrer sozialen Verantwortung in der Gesellschaft ernsthaft bewusst werden und ihr Handeln dementsprechend ausrichten, dürften sich die Verhältnisse entscheidend ändern. Die Anstöße dazu können aus einem aktiv geführten Wertedialog entstehen. Vor dem Hintergrund des globalen Austauschs von Werten, Ideen und sozialen Normen werden die Bereiche Werte- und Religionsdialog in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen und ein Grundelement für die weltweite Förderung von Demokratie und die Neugestaltung von globaler Ordnung sein.

Von entscheidender Bedeutung ist hierbei, dass die Gestaltung mit unseren Dialogpartnern gemeinsam erfolgt und die legitimen Interessen der

Beteiligten in Rechnung stellt. Das Freiheitsverständnis des Christentums, dem wir uns verpflichtet wissen, zielt auf die Anerkennung jedes Menschen, dem wir in seinem Menschsein gleichen Respekt entgegenbringen.

RECHTSSTAATSFÖRDERUNG

Die Unabhängigkeit und Transparenz des Rechtsstaates ist ein Kernbestandteil jedes demokratischen Systems. Dessen Glaubwürdigkeit hängt wesentlich von der Gewährleistung rechtsstaatlicher Grundsätze ab. Da sich demokratische Strukturen nur auf der Grundlage der Rechtssicherheit entwickeln können, sollen Legislative, Exekutive und Judikative in die Lage versetzt werden, ihren Rollen gerecht zu werden. Die staatlichen Institutionen auf den unterschiedlichen Politikebenen (Nationalstaat, Bundesstaaten/Provinzen, kommunale Ebene) und der Justizsektor sind dabei zentrale Zielgruppen. Auch beim Schutz der Menschenrechte bestehen in vielen Ländern weiterhin Defizite. Geschriebene Verfassungen entsprechen häufig nicht der Verfassungswirklichkeit, unzureichende Gewaltenteilung, fehlende oder de facto stark eingeschränkte Unabhängigkeit der Gerichte, mangelhafte Ausbildung der Richter und weit verbreitete Korruption lassen den Rechtsschutz für den Bürger auch dort, wo er in den Gesetzen vorgesehen ist, häufig aussichtslos erscheinen.

Die KAS hat mit ihrer Arbeit im Bereich der Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten im Rahmen der Länderprogramme bereits anerkannte und wirkungsvolle Beiträge geleistet. Diese Maßnahmen werden ergänzt durch regionale Programme. Die Schwerpunkte dieser regionalen Sektorprogramme „Rechtsstaat und Demokratie“ liegen bei Fragen des Verfassungsrechts und bei der Unterstützung der in vielen Ländern noch fragilen Verfassungsgerichtsbarkeit. Zugleich verfolgt die KAS das Ziel, dem Staatsversagen entgegenzuwirken, das für einige Länder ein wesentliches Entwicklungshemmnis darstellt und gleichzeitig Ursache für politische und kriminelle Gewalt ist.

MEDIENPROGRAMME

Die Gefährdung der Pressefreiheit, die Bedrohung kritischer Journalisten und die Korruption innerhalb der Medien sind weltweite Probleme. Seit einigen Jahren rücken auch die zunehmende Konzentration der Medienanbieter auf einige wenige bestimmende Akteure und die daraus resultie-

renden Risiken für den Meinungspluralismus stärker ins Blickfeld. Der vielfach mangelhafte Ausbildungsstand der Journalisten bietet Raum für Manipulationen und beeinträchtigt die Qualität der Berichterstattung, so dass die Medien ihre Funktion im demokratischen Willensbildungsprozess nur eingeschränkt erfüllen können.

Die Arbeit der regionalen Medienprogramme Asien, Lateinamerika, Subsahara-Afrika und Südosteuropa setzt sich für eine freie, verantwortungsvolle und ethische Berichterstattung ein. Die KAS sieht es im Rahmen der Demokratieförderung als ihre Aufgabe an, die Kenntnisse über Medienarbeit und die Notwendigkeit für unabhängige Medien zu stärken sowie die intraregionalen Kontakte zwischen Medienvertretern zu fördern. Dies wird durch die Intensivierung des Dialogs mit führenden Journalisten erreicht, im Rahmen dessen regionale Konferenzen und Veranstaltungen als auch Trainingsmaßnahmen mit Journalisten der jeweiligen Region durchgeführt werden.

2. AKTUELLE RAHMENBEDINGUNGEN IN LATEINAMERIKA

Die Rahmenbedingungen in Lateinamerika sind nach wie vor geprägt von einer guten bis sehr guten makroökonomischen Entwicklung bei bestehenden sozialen Ungleichgewichten einerseits und einer politischen Entwicklung, die auf der einen Seite das Phänomen des autoritär geprägten Populismus und auf der anderen Seite funktionierende demokratische und marktwirtschaftlich orientierte Systeme aufweist.

Diese Situation zeichnet sich zudem durch eine hohe Dynamik aus. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stellt sich die Frage, inwieweit das im Wesentlichen auf den Export von *commodities* basierende Wirtschaftswachstum langfristig haltbar ist und inwieweit die erwirtschafteten Ressourcen zu einer Diversifizierung des Wachstums und der Erwerbsquellen eingesetzt werden. Gelingt dies nicht, droht die Gefahr, dass der Aufschwung letztlich verpufft und keine Strukturen geschaffen werden, damit auf mittel- bis langfristige Sicht ein nachhaltiges und breiter angelegtes wirtschaftliches Wachstum sichergestellt werden kann.

Parallel zu dieser dynamischen makroökonomischen Entwicklung, die nahezu alle Länder des Kontinents erfasst, besteht jedoch auch weiterhin das Problem der weit verbreiteten Armut und vor allem der extrem ungleichen Einkommensverteilung. Letzteres ist ein Phänomen, welches eine

enorme gesellschaftliche Sprengkraft beinhaltet und letztlich auch der Nährboden für politische Instabilität bzw. den sich ausbreitenden Populismus birgt.

Hinter diesem Widerspruch der positiven wirtschaftlichen Entwicklung einerseits und der ungelösten sozialen Probleme andererseits stehen ursächlich unzureichende Sozialpolitiken und fehlende Konzepte, wie Wachstum und soziale Gerechtigkeit sinnvoll in Einklang zu bringen sind, sowie das gesellschaftspolitische Phänomen einer unzureichenden sozialen Verantwortung der Eliten in den jeweiligen Ländern. Damit sind ausdrücklich nicht nur wirtschaftliche Eliten gemeint, sondern Eliten in allen gesellschaftlichen Bereichen. Das Verharren in traditionellen Verhaltensmustern und die fehlende Öffnung, sowohl zu mehr Partizipation, als auch zu mehr Eigenverantwortung sind Phänomene, die sich in hohem Maße hinderlich für eine Lösung dieser Probleme auswirken.

In politischer Hinsicht hat sich der vielfach prognostizierte „Linksruck“ in Lateinamerika in dieser vereinfachten Form nicht bewahrheitet. Die Einteilung der politischen Landschaft im Kontinent in ein traditionelles Rechts-Links-Schema ist ohnehin immer weniger geeignet, um eine realitätsnahe und präzise Beschreibung der politischen Lage zu erstellen.

Die Wahlen 2006 und die nachfolgende Umsetzung in politische Entscheidungen zeigen vielmehr eine Aufteilung in zwei völlig verschiedene Konzepte: Zum einen ein Rückfall in den klassischen lateinamerikanischen Populismus der 1960er und 1970er Jahre, in diesem Falle aber gepaart mit einer ökonomischen Bonanza (siehe oben), und auf der Grundlage der ernüchternden Erfahrung v.a. der unteren Einkommensschichten mit den demokratischen Systemen nach der Überwindung der Militärdiktaturen der 1980er Jahre.

Diese Mischung aus unbefriedigender persönlicher Bilanz breiter Bevölkerungsschichten, für die die Überwindung der Diktatur und die Gewinnung der Demokratie eben keine Lösung der drängenden (Überlebens)Probleme mit sich brachte und den ungeheuren finanziellen Möglichkeiten, mit denen die populistischen Machthaber (Chávez, Correa, Morales) dank der Erdöl- und Erdgaseinkommen ausgestattet wurden, erklärt den breiten Zuspruch, den diese neuen Machthaber in einigen (aber nicht allen) Ländern bei den zurückliegenden Wahlen hatten. Die Demokratie hat zwar nach wie vor in der Region ein grundsätzlich positives Image, der Anse-

hensverlust der Institutionen (Parteien, Parlamente) und der handelnden Personen ist allerdings gravierend, was eindeutig an der wenig überzeugenden Performance, der Verstrickung in Korruption und der z.T. fehlenden Glaubwürdigkeit und Handlungskompetenz liegt.

Diese Entwicklung ist jedoch nicht flächendeckend und es wäre falsch hier die Fehlentwicklungen und Negativbeispiele stellvertretend für den gesamten Kontinent in den Vordergrund zu stellen.

In Ländern wie Mexiko, Chile, Brasilien, Uruguay, Costa Rica oder Kolumbien beispielsweise sind Regierungen im Amt, die z.T. gravierende Probleme zu lösen haben und die erfolgreich im Rahmen von Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und politischem Pluralismus agieren. Diese Beispiele zeigen, dass die Demokratie in Lateinamerika durchaus handlungsfähig ist, und genau diese Fälle gilt es in den Fokus zu stellen, zu stärken und zu fördern. Auch hier sind keine spektakulären kurzfristigen Erfolge zu erwarten. Kontinuität und politische Programme sowie gesellschaftspolitischer Konsens über eine Regierungsperiode hinaus sind wesentliche Voraussetzungen für den Erfolg. Dass dies möglich ist, zeigen diese Länder, was ein wesentlicher Faktor für die Akzeptanz der Demokratie in der Region darstellt.

3. POLITISCH-STRATEGISCHE GESICHTSPUNKTE DER ARBEIT DER KAS IN LATEINAMERIKA

Angesichts der oben beschriebenen Rahmenbedingungen müssen die Aktivitäten der KAS in Lateinamerika unter politisch-strategischen Aspekten ausgerichtet sein. Dabei sollte differenziert werden zwischen

- Ländern, in denen bereits populistische Regime an der Macht sind (Venezuela, Bolivien, Ecuador, Nicaragua und – mit Abstrichen – Argentinien),
- Ländern, wo die Populismusgefahr latent ist und wo es darauf ankommt, wirkungsvoll die Ursachen zu bekämpfen, damit dieses Phänomen möglichst keinen Nährboden findet (Mexiko, Guatemala, El Salvador, Panama, Kolumbien, Peru, Brasilien, Paraguay),
- Ländern, die als politisch stabil gelten (Chile, Uruguay, Costa Rica) und in denen Best Practice-Beispiele weiterentwickeln sind.

Diese drei Fallgruppen benötigen unterschiedliche Strategien und bieten unterschiedliche Handlungsoptionen für die Themen und Instrumente der KAS, unabhängig von den zusätzlich zu beachtenden landespezifischen Charakteristika.

4. THEMATISCHE SCHWERPUNKTE DER KAS-ARBEIT IN LATEINAMERIKA

PARTEIENBERATUNG

In Lateinamerika ist die Schwäche der traditionellen politischen Parteien eine der zentralen Ursachen für die Schwäche einzelner Demokratien. Die KAS unternimmt daher besondere Anstrengungen in der Demokratieförderung und der Parteienberatung. Von der Handlungsfähigkeit der Parteien hängt auch wesentlich die Stärke des Zusammenschlusses der lateinamerikanischen christlich-demokratischen Parteien (*Organización Demócrata Cristiana de América* – ODCA) ab. Die ODCA muss ihre Rolle als Dienstleister für die Mitgliedsparteien und politisches Sprachrohr in der Region dezidiert ausüben. In dieser Funktion ist und bleibt sie ein zentraler politischer Partner für die KAS. Dies gilt umso stärker in den Ländern, in denen die Parteien im Zuge der Machtkonzentration durch populistische Regime in die Ecke gedrängt werden.

Die politische Landschaft in Lateinamerika und die Demokratiegefährdung durch den Populismus muss deutlich durch die nahestehenden Parteien und v.a. durch die ODCA artikuliert und im Dialog mit der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Christlich-Demokratischen Internationalen (IDC) in Deutschland, Europa und der Welt thematisiert werden. Die

Rolle der KAS wird sich dabei auf die Förderung der politischen Bildungsarbeit (v.a. die Nachwuchsförderung), die konkrete Politikberatung (politische Kommunikation, Förderung inhaltlich-programmatischen Prozessen, Parlamentsberatung, Reformprojekte) sowie den politischen Dialog mit den Schwesterparteien in Deutschland und Europa konzentrieren.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

In Lateinamerika wird die Lösungskompetenz der demokratischen Systeme an zwei zentralen Themen gemessen: An der Bekämpfung der Armut und der ungleichen Einkommensverteilung sowie der Problematik der inneren Sicherheit. Letztere Komponente ist sowohl im Bereich der Rechtsstaatlichkeit verankert, hat natürlich aber auch ihre Ursachen in der sozialen Situation.

Die KAS konzentriert sich in ihrem Beitrag auf folgende Zusammenhänge: Die ordnungspolitische Diskussion trägt zur Erarbeitung ordnungspolitischer Rahmenbedingungen und des zur langfristigen Umsetzung notwendigen politischen und gesellschaftlichen Konsenses bei. Dieser erklärt in hohem Maße das Erfolgsmodell Chile, wo es gelungen ist, jenseits der politischen Lager durch langfristige Maßnahmen die Armut entscheidend zu bekämpfen und nachhaltig wirtschaftspolitische Erfolge zu erzielen. Entsprechend sind auch in den übrigen Ländern Lateinamerikas konkrete Reformvorhaben – aufbauend auf einen konsensfähigen ordnungspolitischen Rahmen am Vorbild der Sozialen Marktwirtschaft – notwendig. Hier liegt der konkrete Ansatz einerseits im Bereich des Regionalprojektes SOPLA (Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika), andererseits aber auch in der Verankerung auf der Ebene der politischen Bildung und Beratung sowie der Diskussion mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Arbeitnehmerorganisationen. Gerade im Kontrast zu einer rein populistischen „Sozialpolitik“ im Sinne eines Hugo Chávez, dessen Verteilungskonzept letztlich nur den eigenen Machterhalt zum Ziel hat, gilt es, über eine verantwortungsvolle und nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik Konzepte zu entwickeln, wie durch Reformen am Arbeitsmarkt und eine effiziente Finanz- und Steuerpolitik sowie langfristige Reformen des Erziehungswesens Bedingungen geschaffen werden, durch die Armut nicht nur reduziert, sondern langfristig verhindert werden kann.

WERTEDIALOG, POLITISCHE PARTIZIPATION UND SOZIALE VERANTWORTUNG DER ELITEN

Die Glaubwürdigkeit und Funktionsfähigkeit der Demokratie ist nicht zuletzt auch davon abhängig, dass die Bevölkerung umfassend an den politischen Entscheidungen partizipiert. Daher ist es ein wichtiges Bestreben der Arbeit der KAS in Lateinamerika, sich Gruppen zu widmen, die traditionell marginalisiert sind. Auch wenn diese Marginalisierung generell auf die untersten Einkommensschichten zutrifft, hat die KAS im Jahr 2006 damit begonnen im Rahmen des Projektes PPI (Politische Partizipation der *indígenas*) die Zielgruppe der indigenen Bevölkerung gezielt anzusprechen. Nach der Sondierungsphase 2006/2007 werden nun im Rahmen von konkreten Schulungsmaßnahmen die Vertreter der *indígenas* v. a. im Andenraum, aber auch in Guatemala und Mexiko, dazu befähigt, am politischen Geschehen kompetent teilzunehmen.

Diese Bemühungen beinhalten aber auch, dass die betreffenden Bevölkerungsgruppen zur aktiven Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Geschehens bereit und in der Lage sind. Dies betrifft insbesondere die gesellschaftlichen Eliten. Deren Sensibilisierung dafür, auch benachteiligten Bevölkerungsgruppen aktiv Partizipationsmöglichkeiten einzuräumen, ist deshalb ein wesentliches Anliegen der KAS in Lateinamerika. Dies lässt sich allerdings nur umsetzen, wenn sich ein Paradigmenwechsel bei den Eliten vollzieht. Nur wenn sich diese ihrer sozialen Verantwortung in der Gesellschaft ernsthaft bewusst werden und ihr Handeln dementsprechend ausrichten, können sich die Verhältnisse in Lateinamerika entscheidend ändern. Die Anstöße dazu können aus einem aktiv geführten Wertedialog entstehen. Erste Ansätze dazu etwa in Chile oder Argentinien haben gezeigt, dass von einem Dialog zwischen Kirchen, Politik und Wirtschaft Anstöße in die richtige Richtung ausgehen können. Hier wird die KAS auch weiterhin eine vermittelnde Rolle wahrnehmen, wissend dass dies eines langen Atems bedarf.

RECHTSSTAATSFÖRDERUNG

In Lateinamerika hat die Diskussion mit den Verfassungsgerichten durch die massiven Eingriffe der Exekutive in die Hoheit der Judikative – beispielsweise in Ecuador und Venezuela – eine besondere Bedeutung bekommen. Schließlich ist das Völkerrecht und insbesondere der Schutz der Menschenrechte eine elementare Grundlage, die nicht nur im Falle Kubas,

sondern eben auch in den zunehmend autoritären Regimen in Venezuela und Ecuador von zentraler Bedeutung in der Bildungs- und Beratungsmaßnahmen ist.

MEDIEN UND DEMOKRATIE

Dass die Presse- und Meinungsfreiheit in Lateinamerika keineswegs garantiertes Recht ist, verdeutlicht die Schließung von TV-Sendern in Venezuela. Der Druck (z.T. offenkundig wie in Venezuela, in vielen Fällen etwas subtiler mittels konditionierter Anzeigenschaltung der Regierungen) auf die Medien von Seiten der Politik einerseits und die zunehmende Kommerzialisierung und Banalisierung der Information andererseits (u.a. bedingt einerseits durch fehlenden journalistischen Professionalismus und andererseits durch rein wirtschaftlich motivierte Konzentrationsbestrebungen) bewirken, dass die Bürger nur unzureichend und tendenziös informiert werden und dass die Medien ihre öffentliche Rolle in der Demokratie nur unzureichend wahrnehmen (können). Hier setzt die KAS bei Bildung und Beratung von Journalisten sowie bei der politischen Kommunikation an. Dieser Bereich hat zum Ziel, politische Entscheidungsträger für den Umgang mit den Medien im Sinne einer effizienteren Kommunikation mit den Bürgern zu schulen. Damit steht dieser Aspekt des Medienprogramms auch im Zusammenhang mit anderen Tätigkeitsfeldern der KAS, z.B. mit der Parteienförderung.

5. LANDESSPEZIFISCHE SCHWERPUNKTE

In *Mexiko* steht die Kooperation mit dem *Partido Acción Nacional* (PAN) im Mittelpunkt. Diese Kooperation zielt auf die Stärkung des PAN als Regierungspartei, insbesondere bei der Arbeit im Kongress. Wichtig ist aber auch das Zusammenspiel zwischen Partei, Stiftungen und politischen Vorfelddorganisationen gerade dort, wo der PAN sowohl geografisch als auch zielgruppenspezifisch noch Steigerungspotential hat. Hier sind die Erfahrungen der Konrad-Adenauer-Stiftung besonders gut anwendbar, etwa wenn man an Initiativen in Deutschland wie die Kulturarbeit, die Journalistische Nachwuchsförderung, den Preis Soziale Marktwirtschaft oder den Lokaljournalistenpreis denkt. Auch für den PAN geht es weiter darum, junge Menschen für Politik und Parteiarbeit zu interessieren, aber auch bisher eher marginalisierte Gruppen für aktive Partizipation zu gewinnen.

Daneben stehen die ordnungspolitische Diskussion in Kooperation mit Arbeitnehmerverbänden und Gewerkschaften sowie die Vertiefung der kommunalpolitischen Zusammenarbeit mit dem Gemeindeverband AMMAC im Mittelpunkt.

In *Zentralamerika* wird von den Standorten *Guatemala* und *Costa Rica* die neu definierte Regionalkonzeption vor dem Hintergrund der drei zentralen Zielrichtungen (Konsolidierung der demokratischen Institutionen, Förderung der Kohä-

renz von Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie gesellschaftspolitische Partizipation unter besonderer Einbindung der indigenen Bevölkerung) umgesetzt. Dabei werden sowohl länderspezifische Aspekte (v.a. in den Schwerpunktländern Guatemala, Costa Rica und Nicaragua), als auch regionale Themen behandelt.

Im Bereich der Parteienkooperationen stehen dabei insbesondere die Reformierung und Erarbeitung der Parteiprogrammatik, politische Kommunikation, Ausbildung von Mandatsträgern auf lokaler Ebene und die Nachwuchsförderung im Vordergrund. Hierzu finden Seminarreihen, regionale wie auch nationale Foren statt. Insbesondere lokale Mandatsträger müssen ausgebildet und für ihre Arbeit gestärkt werden.

Die Arbeit in *Brasilien* ist fokussiert auf die Konsolidierung der Demokratie durch politische Bildung und Beratung, die Erweiterung der Beteiligungschancen benachteiligter Gruppen an sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen, nicht zuletzt im unterentwickelten Norden und Nordosten Brasiliens (Büro Fortaleza), die Förderung von Initiativen zur Modernisierung des Staates (besonders im Hinblick auf Dezentralisierung und die Reform des Bund-Länder-Verhältnisses sowie die Reform und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung – Projektstandort São Paulo), die Erhöhung der Effizienz des Rechtsstaates, Anregung der Diskussion um neue Konzepte der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Richtung einer sozialen Marktwirtschaft, die Förderung der regionalen Zusammenarbeit und Integration in Südamerika sowie die Intensivierung des Dialogs zwischen Brasilien und Deutschland bzw. der Europäischen Union.

In *Kolumbien* liegt die zentrale Herausforderung, nach den beachtlichen Erfolgen bei der inneren Sicherheit, nun in der Bekämpfung der Armut und sozialen Ungerechtigkeit. Dazu gilt es, politische Konzepte zu entwickeln (auf der Ebene der Parteien, hier v.a. der *Partido Conservador* und der Fraktionen im Kongress) und Reformprozesse in diese Richtung zu unterstützen sowie die gesellschaftspolitischen Akteure zu befähigen diese Diskussion aktiv mit zu gestalten. Auch hier gilt es, parallel zu den inhaltlichen Aspekten, auch die institutionelle Komponente zu berücksichtigen. Dabei müssen sowohl die politischen Parteien in Kolumbien in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt und durch Nachwuchsförderung belebt werden, als auch die kommunale Ebene durch Konzepte der regionalen bzw. kommunalen Wirtschaftsförderung einbezogen werden.

Die Arbeit in *Venezuela* wird durch die gezielten und zunehmenden Einschränkungen durch die Regierung Chávez immer problematischer. Der politische Handlungsspielraum ist ausgesprochen eingeengt und auch die Partner der KAS werden zunehmend Repressalien ausgesetzt. Hier wird die KAS weiter an der Strategie festhalten, die reformfähigen, vorrangig aus christlicher Verantwortung handelnder Parteien und deren Bildungsinstitutionen zu fördern, den Rechtsstaatsgedanken zu erhalten und zu fördern, die Diskussion um die klassischen Freiheitsrechte (Thematik Menschenrechte und Wahlfreiheit) aktiv in Venezuela und in Deutschland zu gestalten, sowie die Debatte zur Vermittlung christlicher und demokratischer Werte und die Herausstellung partizipativer Werte (Thematik Bürgergesellschaft) voranzutreiben.

Im Andenraum ist eine klar zweigleisige Entwicklung festzustellen. Während es in *Ecuador* und *Bolivien* darum geht, die im Vormarsch der populistischen Regierungen von Evo Morales und Rafael Correa in die Enge getriebenen Oppositionsparteien der Mitte zu stärken und die Fragen der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung grundsätzlich anzusprechen, liegt der Fokus in *Peru* auf einer Fortführung der Kooperation mit dem Parteienbündnis *Unidad Nacional* auf der einen und der kommunalpolitischen Arbeit mit dem Partner INICAM (*Instituto Nacional de Investigación y Capacitación Municipal*) auf der anderen Seite.

In allen drei Ländern wird zudem das Regionalprogramm PPI schwerpunktmäßig die Frage der politischen Partizipation der indigenen Bevölkerung behandeln.

Die christlich-demokratische Partei (*Partido Demócrata Cristiano* – PDC) in *Chile* steht vor der Herausforderung, über die Kommunalwahl 2008 und dann in den Präsidentschaftswahlkampf 2009 mit gestärktem Profil (Programmparteitag 2007) und einem noch zu ermittelnden eigenen Kandidaten zu ziehen. Von daher lauten hier die zentralen Herausforderungen auch für die Zusammenarbeit der KAS die programmatische Arbeit, Kandidatenschulung, Nachwuchsförderung und Beratung für eine politische Strategie in Richtung 2009 zu stärken. Daneben steht die ordnungspolitische Diskussion, sowohl auf der wissenschaftlichen als auch auf der Ebene der beteiligten gesellschaftspolitischen Institutionen (u.a. Arbeitnehmervertreter, Unternehmerverbände) im Mittelpunkt der Maßnahmen der KAS.

In *Argentinien* hat sich durch die Wahl von Mauricio Macri zum Oberbürgermeister der Stadt Buenos Aires im Juni 2007 eine Veränderung in der politischen Landschaft ergeben. Die sich abzeichnende Stärkung der politischen Opposition, mit der die KAS seit zwei Jahren zusammenarbeitet, wird eine Intensivierung dieser Kooperation nach sich ziehen. Ziel ist die Bündelung der politischen Kräfte der politischen Mitte, um eine leistungsfähige Alternative zur populistischen Plattform um das Ehepaar Nestor und Christina Kirchner zu fördern. Dies wird sich auch auf der lokalen Ebene widerspiegeln, wo die kommunalpolitische Arbeit weiter gefördert werden soll.

In *Uruguay* wird der Akzent der Zusammenarbeit weiter auf der parteipolitischen Ebene mit dem *Partido Nacional* und der *Partido Demócrata Cristiano* – PDC im Bereich der politischen Bildung und Beratung liegen sowie Fragen der rechtstaatlichen Entwicklung behandelt.

6. ANSPRECHPARTNER DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG ZU LATEIN-AMERIKA

BERLIN

Hans-Hartwig Blomeier
Teamleiter Lateinamerika
Tel.: 0 30 / 2 69 96-33 75
E-Mail: hans.blomeier@kas.de

Olaf Jacob
Länderreferent Lateinamerika (Andenländer)
Tel.: 0 30 / 2 69 96-34 58
E-Mail: olaf.jacob@kas.de

Reinhard Willig
Länderreferent (Cono Sur)
Tel.: 0 30 / 2 69 96-35 29
E-Mail: reinhard.willig@kas.de

Dr. Karsten Grabow
Projektreferent Parteien- und Parlamentsberatung,
KAS-Demokratiereport und Globale Sicherheitsfragen
Tel.: 030 / 2 69 96-32 46
E-Mail: karsten.grabow@kas.de

AUSLANDSBÜROS UND REGIONALPROGRAMME DER KAS IN LATEINAMERIKA

- Argentinien / Buenos Aires
<http://www.kas.de/proj/home/home/16/1/>
- Bolivien / La Paz
<http://www.kas.de/proj/home/home/50/1/>
- Brasilien / Rio de Janeiro und Fortaleza
<http://www.kas.de/proj/home/home/51/1/>
- Chile / Santiago de Chile
<http://www.kas.de/proj/home/home/52/1/>
- Costa Rica / San José
<http://www.kas.de/proj/home/home/53/1/>
- Ecuador / Quito
<http://www.kas.de/proj/home/home/54/1/>
- Guatemala / Guatemala City
<http://www.kas.de/proj/home/home/55/1/>
- Kolumbien / Bogotá
<http://www.kas.de/proj/home/home/56/1/>
- Mexiko / Mexiko City
<http://www.kas.de/proj/home/home/57/1/>
- Nicaragua / Managua
<http://www.kas.de/proj/home/home/58/1/>
- Peru / Lima
<http://www.kas.de/proj/home/home/60/1/>
- Uruguay / Montevideo
<http://www.kas.de/proj/home/home/61/1/>

- Venezuela / Caracas
<http://www.kas.de/proj/home/home/62/1/>
- Medienprogramm Lateinamerika / Buenos Aires
<http://www.kas.de/proj/home/home/63/1/>
- Regionalprogramm Politische Partizipation Indígena
in Lateinamerika / Quito
<http://www.kas.de/proj/home/home/54/1/>
- Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika / Mexiko City
<http://www.kas.de/proj/home/home/14/1/>
- Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika / Montevideo
<http://www.kas.de/proj/home/home/13/1/>
- Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika /
Rio de Janeiro
<http://www.kas.de/proj/home/home/102/1/>